

Hausel! In dem großen Tumult gebärden sich die meißter kommunistischen Abgeordneten außerordentlich lärmend und störend. Der Abg. Wuhfal (Komm.) wird für drei Sitzungstage ausgeschlossen; er verläßt den Saal mit dem dreimaligen Ruf: „Nieder mit diesem Polizeistaat!“

Präsident Löbe erklärt, daß er nunmehr die allerschärfsten Maßnahmen zur Anwendung bringen werde. Er schließt bald darauf den kommunistischen Abg. Kreuzburg wegen andauernder Störungen für acht Sitzungstage aus. (Großer Lärm b. d. Komm.; lebh. Beifall b. d. Regierungsparteien.)

Abg. Dr. Bell (Ztr.) begründet namens der antragstellenden Parteien die Anträge. Er weist darauf hin, daß eine Reform des Parlamentsrechts von der breitesten Öffentlichkeit schon seit langer Zeit gefordert werde. Die jetzigen Anträge sollten nicht etwa einen Abschluß dieser Reform darstellen. Nach Annahme dieser Anträge werde die parlamentarische Reformarbeit fortgesetzt werden müssen. Der Redner erläuterte die zur Beratung stehenden Vorschläge, deren wichtigster sich auf die Finanzvorlagen und Finanzanträge bezieht, die künftig ohne erste Lesung dem Ausschuss überwiesen werden. Finanzanträge der Parteien bedürfen ferner gleichzeitig eines Deckungsantrages.

Es handele sich darum, Agitationsanträgen einen Riegel vorzuschleichen. Alle Parteien müßten Selbstzucht üben, um den Fundamentalfuß „Keine Ausgabe ohne Deckung“ wieder zu Ehren zu bringen.

Die weiteren Vorschläge betreffen die Mißtrauensanträge, die Interpellationen und die Wortentziehung. Zusammenfassend erklärt der Redner, daß der Vorwurf keinerlei Berechtigung habe, als ob diese Anträge eine Knebelung der Minderheit bedeuteten und auf Bahmlegung der Opposition hinführen. Der ganze Reichstag und alle Parteien würden gleichmäßig betroffen. An dem Schutz der Minderheit und der Sicherung einer verantwortungsbewußten Opposition werde nicht gerüttelt.

Abg. Graf-Thüringen (Dnat.) führte aus, die durch den Antrag Bell bedrohte nationale Opposition sei auch für die Regierung nützlich. Der Antrag zur Verschärfung der Geschäftsordnung nehme geschäftsordnungsmäßige Dinge zum Vorwand, um mit einfacher Mehrheit Verfassungsänderungen durchzuführen, für die die Zweidrittelmehrheit fehle. Bei der sogenannten Reform der Geschäftsordnung handele es sich um eine Sicherung des Paktis, den Dr. Faust-Brüning mit Mephisto-Braun zur Sicherung ihrer Herrschaft geschaffen hätten.

Zum Schluß seiner Ausführungen begründete der Redner verschiedene Änderungsanträge.

Nach der Rede des Abg. Graef beantragt Abg. Dr. Feid (Nat.) Vertagung der Sitzung und bezweifelt gleichzeitig die Beschlußfähigkeit. Die Auszählung ergibt die Anwesenheit von 294 Abgeordneten. Das Haus ist also beschlußfähig.

Abg. Dr. Frank II (Nat.) meint, der Antrag Bell hätte gar nicht zur Beratung gestellt werden dürfen, denn er sei unwahrhaftig und bezwecke nur die Niederhaltung der nationalen Opposition. „Sie behaupten“, so ruft der Redner, „die Republik zu schützen. Tatsächlich wollen Sie nur Ihre persönlichen geschäftlichen Vorteile sich weiter erhalten.“ Präsident Löbe erlucht den Redner, solche Beschuldigungen gegen Abgeordnete zu unterlassen. Die Reichsverfassung werde immer dann gebrochen, wenn es gegen die Nationalsozialisten gehe. Wir werden an Ihnen das Urteil vollstrecken. Wenn Sie uns durch solche Anträge, wie den vorliegenden, weiter belästigen, dann lehnen wir die Verantwortung dafür ab, wenn diese Millionen zur Waffe des Bürgerkrieges greifen. Die Reichsregierung ist heute nur noch ein Vollzugsorgan für die französisch-polnischen Unterdrücker. (Präsident Löbe ruft den Redner wegen dieses Vorwurfs gegen die Regierung zur Ordnung.) Wir müssen heute gegen Persönlichkeiten kämpfen, denen man nur in Form der Beleidigung die richtige Würdigung ins Gesicht schleudern kann.

Abg. Goering (Nat.) beantragt Vertagung und bezweifelt gleichzeitig die Beschlußfähigkeit. Auch in diesem Falle wird festgestellt, daß das Haus beschlußfähig ist.

Abg. Torgler (Komm.) wendet sich gegen die Nationalsozialisten und bekämpft den Antrag Bell.

Abg. von Kardorff (DWB) beruft sich auf verschiedene Staatsrechtslehrer dafür, daß die Reichsverfassung keine Bestimmung enthalte, nach der die Regierung ein ausdrückliches Vertrauensvotum brauche.

Abg. Reinhardt (Nat.) bezweifelt die Beschlußfähigkeit. Da aber Nationalsozialisten und Kommunisten den Saal nicht schnell genug verlassen, stellt Präsident Löbe unter dem Beifall der Mehrheit die Beschlußfähigkeit fest.

Abg. Rippel (Christl.-Soz. Vd.): Schuld an der Notwendigkeit, die Geschäftsordnung zu verschärfen, sind jene, die an die Stelle des parlamentarischen Argumentes das Schimpfwort und die Drohung gesetzt haben. (Lebhafte Zurufe bei den Nationalsozialisten, zahlreiche Rügen und Ordnungsrufe.)

Abg. Reinhardt (Nat.) beantragt erneut Vertagung und bezweifelt die Beschlußfähigkeit. Das Haus ist beschlußfähig.

Abg. Demmer (Staatsp.): Franks Rede wirkte wie ein rhetorisches Destruum. (Lärm bei den Nationalsozialisten; Abg. Wolfersdörfer (Nat.) ruft: Lausjungel! und erhält einen Ordnungsruf; Abg. Krause (Nat.) wird von der Sitzung ausgeschlossen, weil er sich die beleidigende Äußerung zu eigen gemacht hat.) Dr. Frank als Angehöriger des Jahrganges 1900 habe gar kein Recht, sich als Frontsoldat aufzuspielen. Der nationalsozialistische Abgeordnete Münchmeyer habe öffentlich erklärt, die Volkvertreter finde man nicht im Reichstag, sondern in den Nachtlokalen am Kurfürstendamm. (Pfiui bei der Mehrheit, der Rest der Rede geht im Lärm der Nationalsozialisten unter, die sich zahlreiche Ordnungsrufe zuziehen.)

Abg. Stöhr (Nat.) nennt die Behauptung, daß Frank zu Gewalttaten aufgefordert habe, eine Verdrehung der Tatsachen. Hörsting dagegen habe eine ausgesprochene Mordbegehung gegen die Nationalsozialisten getrieben. Die nationalsozialistische Bewegung werde sich auch durch den Antrag Bell nicht aufhalten lassen.

Abg. Döbrich (Landvolk) wendet sich gegen die Ausführungen des Abgeordneten Graef-Thüringen. Das Landvolk verlange von den Parlamentariern, daß sie sich eben so anständig benehmen wie andere Staatsbürger. Die persönliche

Berungsimpfung der Landvolkführer durch die Deutschnationalen sei eine Gemeinheit.

Abg. Koenen (Komm.) wirft den Sozialdemokraten vor, sie hätten die Demokratie preisgegeben.

Die Aussprache ist damit um 10.15 Uhr beendet. — Abg. Effer (Zentrum) beantragt Uebergang zur Tagesordnung über die von den Nationalsozialisten und Deutschnationalen eingebrachten Änderungsanträge und Blockannahme des Antrages Bell. Anträge des Abg. Dr. Frick (Nat.) auf Vertagung und auf Ausschußüberweisung der Anträge werden abgelehnt.

Ueber den Antrag Effer wird namentlich abgestimmt. Als während dieser Abstimmung Vizepräsident Effer die Verhandlungsleitung übernimmt, rufen Nationalsozialisten und Kommunisten „Schließung!“ Der Antrag Effer wird mit 300 gegen 160 Stimmen angenommen. Damit ist der Antrag Bell auf Änderung der Geschäftsordnung unter Uebergang zur Tagesordnung über die Änderungsanträge der Opposition angenommen.

Eine von den Nationalsozialisten beantragte weitere Änderung wird abgelehnt. Abg. Stöhr (Nat.) überreicht schließlich unter stürmischem Beifall seiner Freunde dem Vizepräsidenten Effer eine rote Nelke.

Nachdem nun die Geschäftsordnung des Reichstages angenommen worden war, wurden die gemeinsam beratenen Anträge auf Abänderung des Pressegesetzes und über die Strafverfolgung von Abgeordneten zur Abstimmung gebracht. Der erste Antrag sieht vor, daß Abgeordnete nicht mehr verantwortliche Redakteure politischer Zeitungen sein dürfen, während im zweiten Antrag die Strafverfolgung der Abgeordneten, gegen die Strafverfahren schweben, ohne besondere Einzelzustimmung des Reichstages gefordert wird.

Die Aussprache über diese Anträge gestaltete sich wieder recht stürmisch. Die Opposition stellte wiederholt Antrag auf Vertagung.

In der Abstimmung wurde dann der Antrag auf Änderung des Pressegesetzes in 1. und 2. Lesung angenommen, während die 3. Lesung einer späteren Sitzung vorbehalten bleiben muß. Der Antrag auf Bewilligung der Strafverfolgung wurde mit 292 gegen 9 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Der Antrag der Nationalsozialisten, dem Reichstagspersonal eine Sonderzulage von je 15 RM. für die lange Tätigkeit während dieser Dauer Sitzung zu bewilligen, wurde dem Reichstagsvorstand überwiesen.

Damit fand die Nachtigung um 1/3 3 Uhr Morgens, also nach 12stündiger Sitzungsbauer, ihr Ende. Die heutige Sitzung beginnt um 3 Uhr Nachmittag. Hierbei wird Reichsaussenminister Curtius zum Etat des auswärtigen Amtes sprechen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Reichspräsident v. Hindenburg hat dem König von England anlässlich der Erdbebenkatastrophe auf Neuseeland seine und des deutschen Volkes Anteilnahme ausgesprochen. König George hat darauf dem Reichspräsidenten telegraphisch in herzlichen Worten gedankt.

Die Deutschnationale Reichstagsfraktion hat einen Antrag im Reichstag eingebracht, wonach die Reichsregierung dafür Sorge tragen soll, daß bei sämtlichen Reichs-, Staats- und Kommunalbauten und bei Straßeninstandsetzungen nur heimische Baustoffe Verwendung finden dürfen.

Die Leitung der Hütte Ruhrwerk-Weidrich hat jetzt allen Arbeitern, Angestellten und Beamten die Kündigung zugehen lassen.

Keine Kürzung des Reichswehrhaushalts.

Die Meldung eines Blattes, wonach Reichszentraler Brüning bereit sei, den Sozialdemokraten hinsichtlich einer Kürzung des Reichswehrhaushaltes entgegenzukommen, um damit auch gleichzeitig den Wünschen der Volkspartei auf weitere Einsparungen gerecht zu werden, wird von zuständiger Stelle als reine Kombination bezeichnet.

Deutsch-tschechoslowakisches Grenzabkommen.

Zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei ist ein Abkommen über gegenseitige Hilfeleistungen der Sicherheitsorgane an der deutsch-tschechoslowakischen Grenze zur Bekämpfung des Schmugglerwesens in Kraft getreten. Die Grenzorgane dürfen flüchtende Verbrecher in das Grenzgebiet des anderen Teiles hinein verfolgen.

Streik im ober-schlesischen Erzbergbau.

Nachdem die Schlichtungsverhandlungen im ober-schlesischen Erzbergbau zu keinem Ergebnis geführt hatten, wurde den Gesamtbelegschaften zum 7. bzw. 8. Februar gekündigt. Die Verwaltungen schlugen den Arbeitern neue Verträge vor, in denen eine Senkung der Löhne mit Ausnahme derer der Jugendlichen um 6 Prozent vorgesehen war. Zu diesen neuen Bedingungen hat nur ein geringer Teil der Belegschaften die Arbeit angenommen. Die Gewerkschaften lehnen die neuen Lohnbedingungen ab. Von Gewerkschaftsseite wird mitgeteilt, daß etwa 90 Prozent der Belegschaften der Arbeit ferngeblieben sind. Insgesamt beschäftigen die drei ober-schlesischen Erzgruben rund 2500 Mann.

Oesterreich.

Der christlich soziale Wiener Stadtrat Runschäl veröffentlicht umfangreiches Anlagematerial gegen die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung in Wien. Runschäl weist an Hand amtlicher Unterlagen nach, daß in den Berichten der Baureferenten rund 3000 Wohnungen, die überhaupt noch nicht oebaut sind, als bereits fertiggestellt ausgewiesen werden. Der Dezernent konnte schon in der ersten Aussprache über den Bauwindel der Gemeinde Wien den Ausfall von 558 Wohnungen, die nicht gebaut, aber verrechnet worden waren, nicht bestreiten. Runschäl weist darauf hin, daß bei dem Wohnungsbau rund 45 Millionen Schilling erspart wurden, was der Bausumme jener fehlenden 3000 Wohnungen entspricht, daß aber der Dezernent trotz dieser Ersparnisse, über deren Verbleib tiefstes Schweigen herrscht, noch Zuschüsse in

Höhe von 35 Millionen Schilling anforderte, und auch bewilligt erhielt.

Polen.

Dem schlesischen Sejm sollen demnächst Pläne vorgelegt werden, die eine grundsätzliche Aenderung der bisherigen Kreis- und Stadtgrenzen vorsehen. U. a. soll die Gemeinde Chorzow zu Königshütte eingemeindet werden und dabei der Name Königshütte vollständig verschwinden, offenbar weil er zu sehr an die frühere preussische Zeit erinnert. Auch die Stadt Katowitz soll durch neue Eingemeindungen vergrößert werden, um den Einfluß des deutschen Elements in der Stadt zu verringern.

Frankreich.

Wie in gutunterrichteten politischen Kreisen verlautet, soll jetzt von Seiten der französischen Regierung darauf gedrängt werden, die Unterjochung der Duftric-Affäre, die so viel Staub aufgewirbelt hat, abzuschließen, um die ganze Angelegenheit zu „lokalisieren“. Duftric selbst ist vor den Ausschuss geladen, doch verlautet von seinem Verteidiger, daß er nicht die Absicht hat, auf die ihm gestellten Fragen zu antworten. Der ehemalige Bankdirektor stehe auf dem Standpunkt, daß ihm der parlamentarische Untersuchungsausschuss nicht die gewünschten Garantien biete und daß er seine Erklärungen nur vor dem Untersuchungsrichter abgeben wolle.

England.

Der Fehlbetrag im englischen Staatshaushalt wird für das laufende Finanzjahr, das mit dem 31. März zu Ende geht, auf 500 bis 600 Millionen RM. geschätzt.

Asien.

In Schanghai fand die Hinrichtung von 11 Kommunisten statt. Unter den Erschossenen befinden sich auch mehrere Frauen und der frühere Stadtschreiber von Hanlan, Chowtse-Hue, der erst kürzlich aus dem Ausland zurückgekehrt ist. Gegen die Hingerichteten wurde die Anschuldigung erhoben, daß sie in der kommunistischen Bewegung besonders aktiv hervorgetreten sind.

Amerika.

Nach einer Meldung des „American“ aus Washington hat das Marineministerium überraschenderweise das kriegsgerichtliche Verfahren gegen Generalmajor Butler, der wegen Beleidigung Mussolinis unter Anklage gestellt war, niedergeschlagen. Gründe für diese Maßnahme wurden nicht angegeben. Das Marineministerium begnügte sich damit, Generalmajor Butler einen Verweis zu erteilen.

Aus dem Mundental.

Waldenburg, 10. Februar 1931.

Tausend Köpfe, tausend Sinne.

Je mehr Menschen zu irgendeinem Zwecke beieinander sind, um so vielartiger sind ihre Meinungen. Es ist schon oft darüber gesprochen worden, daß drei Deutsche mindestens drei verschiedene Meinungen haben, genau so wie die Uneinigkeit im Denken bei uns Deutschen fast sprichwörtlich geworden ist. Das ist natürlich ein beklagenswerter Zustand. Tausend Köpfe, tausend Sinne! Jeder einzelne will etwas anderes, etwas Neues oder etwas Besseres. Noch krasser tritt diese Tatsache bei den Zukunftskünftigen der hohen Weiblichkeit zutage, weil hier nicht nur die persönliche Ueberzeugung, sondern Reiz und Besserwissen mit sprechen. Es ist dies ja mit den Ansichten und Meinungen zum Teil mehr eine Neugierigkeit. Zwanzig und mehr politische Meinungen wollen sich im Lande behaupten, doch im Ernstfalle tun sie sich gegenseitig nichts. Es ist wohl mit allen Vorfällen des Lebens so, daß mehr darüber gesprochen als getan wird. Alle Vorfälle im Leben wideln sich doch schließlich nach bestimmten, logischen Gesetzen ab, sie werden durch Notwendigkeit und Unwillen wahrlich nicht geändert. Es ist nur eben vielen ein Naturbedürfnis, nach außen hin recht viel von dem zu machen, was der Berliner Landläufer als „Klamauk“ bezeichnet. Lichtenberg hat schon einmal jenes beachtliche Wort gesprochen: „Die Menschen denken über die Vorfälle des Lebens nicht so verschieden, als sie darüber sprechen. Das ist ja überhaupt eine besondere Schwäche vieler Menschen, anders zu reden, als sie selbst denken, oder gegen ihre innere Ueberzeugung anzureden. Wenn es einem guten Menschenkenner einmal gelingt, tausend Köpfe mit tausend Sinnen unter einen Hut zu bringen, wenn er sie da anpackt, wo sie angepackt werden müssen, dann sind diese tausend zufriedenen und emmü'tig. freuen sich endlich, den starken Mann gefunden zu haben.“

Mißbrauch der Arbeitslosenversicherung durch Formbeschäftigung. Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung muß bei der Prüfung des Anspruchs auf Arbeitslosenunterstützung oft feststellen, daß Arbeitsverhältnisse nur deshalb eingegangen wurden, damit der Arbeitnehmer den Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung erwerben konnte. Meist handelt es sich dabei um kurz dauernde Beschäftigungsverhältnisse, durch die gerade die für den Erwerb einer Anwartschaft auf die Unterstützung fehlende Zeitpanne ausgefüllt wird. Dadurch sollen die Voraussetzungen für den Bezug der Arbeitslosenunterstützung künstlich geschaffen werden. Hierin liegt ein schwerer Mißbrauch der Arbeitslosenversicherung. Für diesen Mißbrauch wird nicht nur der Arbeitnehmer, sondern auch der Arbeitgeber bestraft, und zwar haben beide Parteien zuerst der Reichsanstalt alle Aufwendungen zu ersetzen, die ihr an Versicherungsleistungen abgefordert wurden.

Nicht mit Gepäc in den Speisewagen. In letzter Zeit ist beobachtet worden, daß Fahrgäste beim Aufsuchen von Sitzplätzen im Zuge vielfach mit umfangreichem Gepäc den Speisewagen durchschreiten. Das bedeutet namentlich zur Zeit des Mittag- oder Abendessens eine erhebliche Belästigung der Gäste des Speisewagens. Die Reichsbahn hat daher neuerdings das Zugpersonal angewiesen, die Reisenden — besonders wenn sie Gepäc haben — gleich beim Halten des Zuges auf freie Plätze bzw. Abteile in den Personenzug hinzuweisen. Die Reisenden selbst können die Bediensteten bei der Erfüllung ihrer Aufgaben unterstützen, indem sie das Betreten des Speisewagens mit Gepäc möglichst von vornherein vermeiden. Zugführer und Zugschaff